

lemaal. Den Besetzern der Magdalenenstraße möchte ich sagen: Wenn ihr nicht auf die Straße gegangen wäret, säßen wir heute nicht hier, auf die Straße gegangen lange vor den Herbstereignissen. Vom Alter her gehören viele von euch zu der Generation meiner Kinder. Daß Väter sich Kinder zum Vorbild nehmen, kommt selten genug vor. Im Herbst vergangenen Jahres war es so. Wir haben uns am Mut unserer Kinder aufgerichtet und sind mit auf die Straße gegangen. Ihr habt für eure Ideen keine Mehrheiten gefunden, trotzdem ist euer Platz nicht irgendwo am Rande, sondern mitten unter uns. Die Freiheit des Andersdenkens sollte euch garantiert sein.

(Beifall, vor allem beim Bündnis 90/Grüne, bei DSU und PDS)

Durch die Besetzung der Zentrale der Macht wurde der SED-Staat beseitigt. Demokratische Mittel zur Durchsetzung des Willens von Mehrheiten gab es im Herbst nicht. Jetzt gibt es sie. Die Volkskammer hat beschlossen, dieses Gesetz soll uns in die Einheit begleiten. Das ist der parlamentarische Weg. Ihr habt kein Vertrauen in die Macht des Parlaments, zu Recht, wie auch wir leider feststellen müssen, und wählt die außerparlamentarische Form des Protestes, die friedliche und völlig gewaltlose Besetzung der Büroräume, und verstärkt damit die Forderung nach Übernahme des Gesetzes in seinem vollen Wortlaut.

Uns hier im Parlament stellt sich die Frage, warum unsere bundesdeutschen Kollegen mit so wenig Ernst an die Sache herangehen und anders handeln, als von uns gewollt. Es bringt keinen Sinn und sieht auch nicht sehr glaubwürdig aus, wenn ausgerechnet der Minister, zu dessen wichtigstem Aufgabengebiet die Auflösung des MfS gehört, sich dadurch auszeichnet, daß er sich dem alten SED-Sicherheitsapparat anbietet und mangelhafte oder gar keine Energie bei der Aufarbeitung des Stasi-Erbes zeigt.

(Beifall)

Statt mit der Aufräumung in seinem Ministerium und bei der Polizei zu beginnen, hoffiert er die alten Apparatschiks. Namen wie Schmalfuß, Winterlich, Wittich, Buchecker, Ahrendt und Müller stehen für alte, stalinistische Strukturen. Sein Versprechen, alte Strukturen und Apparate zu zerschlagen, hat er nicht eingelöst. Von Demokratisierung der Polizei ist kein Wort mehr zu hören. Statt aufzuklären und die Volkskammerausschüsse zu unterstützen, ließ er sich jeden Tag eine neue Schikane einfallen und zog die Bremsen an. Er schaltete die Bürgerkomitees aus und gewährt bis auf den heutigen Tag Tausenden von ehemaligen MfS-Mitarbeitern, die während der Modrow-Zeit im Innenministerium Zuflucht gefunden hatten, Schutz. Und, meine Damen und Herren, daß bis auf den heutigen Tag unter uns Abgeordnete sitzen, die informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit waren, daß diese nicht längst anderen Platz gemacht haben, auch das ist die alleinige Schuld des Innenministers.

(Beifall bei DSU, SPD, Bündnis 90/Grüne, PDS und F.D.P.)

Wer in der letzten Woche die Gelegenheit wahrgenommen hat und das Zentralarchiv aufsuchte, war erschüttert über das starke Polizeiaufgebot. Dieses Polizeiaufgebot wäre nicht in der Lage gewesen, die Erstürmung der Gebäude zu verhindern, aber wohl, friedliche Demonstranten zu provozieren. Auch so etwas hat der Innenminister drauf. An der Debatte am 24.8. hat sich der Innenminister nicht beteiligt, obwohl sie sein wichtigstes Aufgabengebiet betraf. Zur Abstimmung hat ihn keiner gesehen. Er hatte den Saal längst verlassen.

Aus all dem kann nur geschlußfolgert werden: der Innenminister schätzt die Lage falsch ein. Er gefährdet die Sicherheit, den Frieden in diesem Land. Er verhält sich nicht wie ein kluger Politiker, als der er immer erscheinen möchte, sondern wie ein politischer Abenteurer, der mit hohem Einsatz das verspielt, was ihm offensichtlich in den Schoß gefallen ist.

(Beifall bei DSU, SPD, Bündnis 90/Grüne, PDS und F.D.P.)

Als Nach-Wende-Politiker, der die Gunst der Stunde genutzt hat und nicht einmal soviel politischen Anstand besitzt, denen gegenüber Respekt zu zeigen, die ihm dies alles ermöglichten!

Wie soll Herr Schäuble aus dem Verhalten seines DDR-Kollegen denn Schlußfolgerungen für die Wichtigkeit dieses Gesetzes für uns ziehen, wenn er erleben kann, wie ungestraft dieser sich genteilig verhält. Weil er durch sein Verhalten den Einigungsvertrag gefährdet, spreche ich dem Innenminister namens unserer Fraktion das Mißtrauen aus.

(Beifall, vor allem bei DSU und SPD)

Wenn er Anstand besitzt und ein wenig Mut - aber er ist ja schon wieder nicht da, er hat uns schon wieder verlassen -, könnte er hier vor diesem Pult die Frage dem Parlament selber stellen.

Dem Teil des Kapitels II des Einigungsvertrages, der den Umgang mit dem Schriftgut des MfS/AfS festlegt, stimmen wir nicht zu. Wir denken aber, daß noch Zeit bleibt, den Text so zu übernehmen, wie am 24.8. beschlossen. Sollte es wider Erwarten nicht gelingen, schlagen wir, um den Vertrag in seiner Gesamtheit nicht zu gefährden, vor, über die Kapitel einzeln abzustimmen.

Den Antrag der SPD, den Abgeordneten Gauck als Sonderbeauftragten einzusetzen, unterstützen wir als Fraktion.

(Beifall)

Ich will noch eine Minute verwenden, um mich an Herrn Thierse zu wenden. Ihre Angriffe auf die DSU, Herr Thierse, wofür ich Ihnen nicht sehr sachlich. Sie hätten diese steckenlassen können. Sie werden damit leben müssen, daß es neben der SPD auch noch andere Parteien gibt. Den Wählern überlassen müssen wir, wie klein oder wie groß diese werden. Aber ob klein oder groß, demokratischer Umgang untereinander und miteinander steht auch den größten Parteien gut zu Gesicht.

(Beifall bei der DSU)

Sie können sich darauf verlassen, Herr Thierse, daß mein Wortschatz groß genug ist, auch Sie zu verletzen, aber ich verzichte darauf.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Uli mann :

Wir danken dem Abgeordneten Haschke. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schröder von der SPD.

Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SED hat in der Eigentumsfrage - und dazu will ich einiges sagen - ein Chaos hinterlassen, das der gefährlichste Stolperstein oder einer der gefährlichsten Stolpersteine auf dem Weg zur deutschen Einheit hätte werden können. Die SPD hat schon beim Wahlkampf sich dafür stark gemacht, daß die Eigentumsfrage für die DDR-Bürger in vernünftiger Weise geklärt werden soll. Es ist auch immer ein Anliegen der Koalitionsparteien gewesen und ich denke, wir können sagen, das Ergebnis, das der Einigungsvertrag an dieser Stelle präsentiert, Regelung der Eigentumsfrage, ist fair und gerecht. Die Regelung in der Eigentumsfrage ist fair und gerecht.

Es war klar, daß sich nicht alle Wünsche erfüllen konnten; denn das ist ja das große Problem, daß hier Wünsche aus Ost und West auf dasselbe Grundstück einander oft entgegenstehen. Hier konnte nur ein Ausgleich gefunden werden. Ich denke, mit dem, den wir jetzt hier vor uns liegen haben, können wir leben.

Ich hebe einige Punkte hervor, weil sicherlich auch die Zuschauer ein Interesse daran haben, ungefähr zu wissen, in welche Richtung die Regelung gehen wird.

Bodenreform - unantastbar, das ist schon ein paar Mal gesagt.